



## Petition 178495

### Veterinärwesen - Überprüfung und Anpassung der aktuellen Gebührenordnung für Tierärzte (GOT)

#### Text der Petition

Mit der Petition wird eine Überprüfung und Anpassung der aktuellen Gebührenordnung für Tierärzte (GOT) im Interesse der Tierhalterinnen und Tierhalter und zur Sicherstellung der Versorgung gefordert.

#### Begründung

Die Novellierung der GOT hat in den vergangenen Jahren zu erheblichen Kostensteigerungen in der tierärztlichen Versorgung geführt. Dabei sind nicht die Tierärzte selbst das Problem, sondern die gesetzlich vorgeschriebenen Gebühren, an die sie gebunden sind. Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, Rentner oder Familien mit begrenztem Budget wird es zunehmend unmöglich, ihre Tiere angemessen versorgen zu lassen. In vielen Fällen bedeutet dies:

Die zuletzt stark gestiegenen Tierarztkosten führen dazu, dass die Haltung eines Haustieres zunehmend zum Luxusgut wird – mit schwerwiegenden Folgen für Mensch und Tier.

- Verzögerte oder unterlassene tierärztliche Behandlungen aus finanziellen Gründen
- Zunahme von ausgesetzten oder abgegebenen Haustieren
- Höhere Belastung von Tierheimen und Tierschutzorganisationen
- Vermehrtes Leiden von Haustieren aufgrund unbehandelter Erkrankungen

Haustiere sind für viele Menschen nicht nur Begleiter, sondern auch emotionale Stützen – besonders für ältere oder alleinstehende Menschen. Ihr Wohlergehen sollte nicht vom Einkommen ihrer Halter abhängen. Ein Recht auf die Gesellschaft eines Haustieres darf kein Privileg für Wohlhabende sein.

#### Unsere Forderungen:

Eine sozial verträgliche Überarbeitung der Gebührenordnung für Tierärzte mit realistischen und bezahlbaren Kostensätzen.

Einführung eines Sozialtarifs für Tierhalter mit nachweislich geringem Einkommen, um notwendige Behandlungen zu subventionieren.

Förderung von Zuschussprogrammen und Notfallfonds für bedürftige Tierhalter, um tierärztliche Versorgung sicherzustellen.

Unterstützung von Tierärzten, die soziale Tarife anbieten möchten, durch staatliche

Anreize oder Steuervergünstigungen.

Wir bitten den Deutschen Bundestag dringend, diese Thematik auf die politische Agenda zu setzen und eine Lösung zu erarbeiten, die Tierwohl und soziale Gerechtigkeit miteinander in Einklang bringt.